Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Anzeigenpreise: Die 8-spaltige Petitzeile für Anzeigen aus Auer und Umgegend 30 Pfennige, auswärtige Anzeigen 35 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Mitgenommen: Tageblatt Erzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 123 — Sonnabend, den 28. Mai 1932 — 27. Jahrgang

Vor der Entscheidung Hindenburgs

Meißners Besuch in Neudeck — Der Zusammenhang zwischen Reich und Preußen

Berlin, 26. Mai. WTB. meldet: Wie wir erfahren, ist Staatssekretär Dr. Meißner heute vormittag wieder in Berlin eingetroffen. Er hat dem Reichspräsidenten in Berlin eingehend Vortrag gehalten über die vom Kabinett vorbereitete Notverordnung und die politische Situation überhaupt, wie sie sich in Berlin während Hindenburgs Abwesenheit gestaltet hat. Diese Besprechung in Neudeck ist als ein Zwischenbericht und die Vorbereitung der Aussprache zu werten, die der Kanzler am Sonntag oder Montag in Berlin mit dem Reichspräsidenten haben wird, in der alle Fragen geklärt werden sollen, die mit der Notverordnung und der Stellung des Kabinetts Brüning zusammenhängen. Es liegt auf der Hand, daß der Reichspräsident sich zunächst im einzelnen über die Notverordnung unterrichten und seine eigene Auffassung zum Ausdruck bringen wird, bevor er sich über seine Unterschrift entschließt. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die grundsätzlichen und personellen Fragen der Reichspolitik vor der Reparationskonferenz geklärt werden müssen, weil in Lausanne nur ein Kanzler und Außenminister auf Erfolg rechnen kann, der mit aller verfügbaren Autorität auftritt. Damit ist der Kreis der Besprechungen von Neudeck und von Berlin umschrieben. Welche Ergebnisse die Aussprache zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräsidenten haben wird, läßt sich heute natürlich noch nicht voraussagen. Zweifellos können aber die gestrigen Vorgänge im preußischen Landtag nicht ohne Einfluß auf die Entwickelung im Reiche bleiben. In Preußen haben sie zunächst die Wirkung gehabt, daß die Bereitschaft des Zentrums zu Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten sehr stark geschwunden ist. Sollten sich die gestrigen Vorgänge am nächsten Mittwoch wiederholen, ist an ein parlamentarisches Arbeiten im preußischen Landtag überhaupt nicht zu denken, und es würde gewiß der Gedanke neue Nahrung gewinnen, das preußische Problem von der Seite der Reichsreform her anzufassen. Daraus schon ergibt sich der Zusammenhang zwischen der Reichspolitik und der preußischen Entwickelung. Er wird noch eklatanter durch die kommunistische „Aktion", die nicht nur im preußischen Landtag, sondern mit Erwerbslosendemonstrationen und Unruhen in einer größeren Anzahl von Städten im Reich eingesetzt hat. Daß gerade in einem solchen Moment augenfälliger Bürgerkriegserscheinungen eine starke Reichsgewalt unter allen Umständen erforderlich ist, dürfte selbstverständlich sein, und man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß dieser Gesichtspunkt in der Aussprache zwischen Kanzler und Reichspräsident eine nicht unwesentliche Rolle spielen wird, indem er dazu beiträgt, eine sachliche Verständigung über die schwebenden Fragen zu fördern.

In Börsenkreisen nicht nur Berlins sondern auch im Reich waren heute Gerüchte über einen Rücktritt Dr. Brünings verbreitet. Man kolportierte sogar schon Namen angeblicher Nachfolger. Wir können feststellen, daß die Gerüchte vollkommen falsch sind. Im Gegenteil sprechen sogar die stärksten sachlichen Gründe dafür, daß der Kanzler weiter im Amt bleibt. Dieser Eindruck wird durch das Ergebnis der Besprechung bestätigt, die Staatssekretär Meißner in Neudeck mit dem Reichspräsidenten gehabt hat. Der Reichspräsident hat eine Reihe von Wünschen, die sich auf die Ergänzung des Reichskabinetts und die Gestaltung der neuen Notverordnung beziehen. Schon die Tatsache, daß Staatssekretär Meißner dem Kanzler heute diese Wünsche übermittelt hat, ist ein Beweis dafür, daß an eine Kabinetts- oder Kanzlerkrise nicht zu denken ist. Heute hat wegen des Fronleichnamsfestes keine Kabinettssitzung stattgefunden; aber man kann wohl annehmen, daß die Reichsregierung die nächsten Tage dazu benutzen wird, die Notverordnung den Wünschen des Reichspräsidenten anzupassen. — Sie beziehen sich vor allem darauf, daß ein stärkerer Rechtsschutz gegen die Enteignung bei der Verwendung von Gütern zu Siedlungszwecken in die Notverordnung eingebaut wird, und daß keine Kürzung der Kriegsrenten eintritt. Was die Ergänzung des Reichskabinetts anlangt, so legt der Reichspräsident vor allem Wert darauf, daß das Innenministerium mit einer starken und autoritären Persönlichkeit besetzt wird. Das ist eine Notwendigkeit, von der gerade angesichts der sich täglich äußernden politischen Erwerbslosenunruhen auch der Kanzler durchdrungen sein dürfte. Im einzelnen werden diese Dinge natürlich in der Aussprache zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten erörtert werden, die nun bereits am Sonntag vormittag stattfinden soll. In unterrichteten Kreisen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß dieses Ergebnis nur eine Bestätigung des alten Vertrauensverhältnisses sein wird, das immer zwischen dem Reichspräsidenten und Dr. Brüning bestanden hat.

Nach der Saalschlacht

Parlamentarische und juristische Konsequenzen

Berlin, 26. Mai. In preußischen parlamentarischen Kreisen außerhalb der radikalen Flügelparteien hat der schwere Zusammenstoß in der Mittwochsitzung große Erregung ausgelöst. Wie das Nachrichtenbureau des VDZ. hört, ist besonders in Zentrumskreisen die Meinung verbreitet, daß solche Vorfälle für die Zukunft unbedingt vermieden werden müßten, falls eine Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten als möglich angesehen werden solle. Es ist anzunehmen, daß der Sprecher des Zentrums diese Auffassung in der Aeltestenratssitzung mitgeteilt hat, die nach dem Tumult stattfand. Auch dürfte damit zu rechnen sein, daß, sollten bindende Zusicherungen in dieser Hinsicht nicht gegeben werden, das Zentrum nicht ohne weiteres geneigt ist, bei der endgültigen Präsidentenwahl in vier Wochen seine Stimmen abermals für den nationalsozialistischen Präsidenten Kerrl abzugeben.

Für die juristischen Folgen besteht bisher ein praktischer Präzedenzfall noch nicht. Da man aber glaubt, leider mit weiteren scharfen Auseinandersetzungen dieser Art rechnen zu müssen, sind, wie das Nachrichtenbureau des VDZ. weiter hört, die Juristen der maßgebenden Stellen damit beschäftigt, klarzulegen, inwieweit der Fiskus für die Schäden etwa verantwortlich gemacht werden könnte. Der Landtag bilde, rein materiell betrachtet, einen Bestandteil des Staatshaushaltplanes. Daraus könne sich ergeben, daß Mitglieder des Hauses, die ohne ihr Verschulden bei Schlägereien der Abgeordneten verletzt werden, zivilrechtlich gegen den Fiskus vorgehen könnten, wobei noch die Frage offen ist, ob nicht auch das Tumultschädengesetz in diesem Falle anwendbar wäre. Der Sachschaden, der aus der Prügelei am Mittwoch entstand, ist, wie sich nachträglich herausstellt, nicht sehr bedeutend. Es hat sich ergeben, daß die schweren Sessel auf der Ministerbank, die bereits lange vor dem Kriege angeschafft wurden, zum größten Teil auch den Anforderungen gewachsen waren, die die Abgeordneten am Mittwoch an sie stellten. Man konnte die Sessel zwar von der Regierungsbank in die Reihen der Abgeordneten hinunterschleudern, konnte sie aber hierdurch allein nicht zerstören. Nur wo mit Gewalt und offensichtlich enormer Kraftanstrengung Stuhlbeine herausgerissen wurden, die als Schlagwaffe dienen sollten, sind Beschädigungen erfolgt, ebenso natürlich an der Polsterung und bei den zahlreichen kleineren Gegenständen wie Lampen, Schreibzeugen usw., die man als Wurfgeschosse verwandte. Eine Anzahl Abgeordnetensitze und ein Teil des Teppichbelages auf dem Fußboden bedarf einer gründlichen Reinigung, da man hier Blut- und Tintenflecke zu entfernen hat.

„Im Landtag macht man das ja auch"

Berlin, 26. Mai. Ein als Zeuge vor das Landgericht geladener Angestellter hatte vor einigen Wochen den Kläger im Gerichtssaal mit einer Ohrfeige traktiert, weil er seine Frau durch eine Aussage des Klägers beleidigt glaubte. Der Zeuge erhielt einen Strafbefehl über einen Monat Gefängnis, gegen den er Einspruch erhob. Heute wurde wegen dieses Einspruches vor der Strafkammer des Landgerichts 3 verhandelt. Der Angeklagte rechtfertigte sein Verhalten damit, daß seine Tat nur die sofortige Erwiderung einer Beleidigung sei, und erklärte dazu wörtlich: „Im preußischen Landtag macht man das ja auch". Für diesen Vergleich hatte das Gericht aber kein Verständnis und wies den Einspruch ab.

Einberufung des Memellandtages

Memel, 26. Mai. Der Gouverneur des Memelgebietes, Gallus, hat heute einen Erlaß unterzeichnet, nach dem er den am 4. Mai gewählten Memellandtag zu Sonnabend, den 4. Juni, vormittags 10 Uhr einberuft. Ob sich in dieser Landtagssitzung schon das neue Direktorium wird vorstellen können, wird davon abhängen, welchen Verlauf die Verhandlungen nach dem heute erfolgten Rücktritt des Direktoriums Simaitis zwischen den Mehrheitsparteien und dem neuen Gouverneur nehmen werden.

Französisches Einfuhrverbot für deutsche Rinder und Schafe

Paris, 27. Mai. Nach einer Verordnung des Landwirtschaftsministeriums ist das Einfuhrverbot für aus Deutschland kommende Rinder und Schafe wieder in Kraft gesetzt worden.

Deutsch-amerikanisches Abkommen über die amerikanischen Besatzungskosten

Berlin, 27. Mai. Nach Blättermeldungen aus Washington hat der deutsche Botschafter gestern ein deutsch-amerikanisches Abkommen unterzeichnet, das die Zahlung von sechs Millionen Dollar in zehn Jahresraten mit vier Prozent Zinsen durch Deutschland vorsieht. Bei diesen sechs Millionen Dollar handelt es sich um die durch das Hoover-Moratorium aufgeschobene Jahresrate für die Kosten der amerikanischen Besatzungsarmee im Rheinland. Eine Stellungnahme zu dieser Meldung von zuständiger deutscher Seite war angesichts der späten Nachtstunde nicht mehr zu erlangen.

Reichssteuereinnahmen im April

Berlin, 26. Mai. Im April 1932 betrugen (in Millionen RM) die Einnahmen des Reiches aus den Besitz- und Verkehrssteuern und aus den Zöllen und Verbrauchsabgaben 555,8. Gegenüber dem April 1931 sind im April 1932 im ganzen 257,9 weniger aufgenommen. Die Einnahmen in den beiden Monaten sind jedoch wegen der verschiedenen Lagerung von Vorauszahlungen und der Erhöhung und Neueinführung von Abgaben nicht ohne weiteres vergleichbar.

Neue Note Danzigs an Polen

Danzig, 26. Mai. Der Senat der Freien Stadt Danzig hat dieser Tage an die diplomatische Vertretung Polens eine Note gesandt, in der es heißt:

„Seit einigen Tagen werden in den von Polen nach Danzig fahrenden Zügen von dem polnischen Verein zur Verteidigung der Westkreise Flugblätter verteilt, die zum Boykott Danzigs und Zoppots auffordern und Personen, die diesen Boykott nicht befolgen, schwere und exemplarische Strafen androhen. Die Verteilung derartiger Flugblätter auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig ist strafbar und als tief zu bedauernde polnische Hetze gegen Danzig aufs schärfste zu verurteilen. Umso befremdender und empörender ist es, wenn Beamte der polnischen Staatsbahnverwaltung das Vorgehen verantwortungsloser polnischer Hetzer nicht nur dulden, sondern sogar fördern und schützen. Die Danziger Paßbeamten nahmen die Beschlagnahme der Blätter vor. Bei dieser Dienstausübung wurden sie von dem Zugführer und Schaffner wie auch von dem stellvertretenden Vorstand der Station Danzig-Hauptbahnhof erregt zur Rede gestellt und aufgefordert, die Beschlagnahme zu unterlassen. Hierbei wurden die Eisenbahnbeamten von mehreren Beamten der polnischen Staatsbahndirektion unterstützt.

Wir bitten dringlichst, daß solche Boykottmaßnahmen als den zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträgen zuwiderlaufend unterbunden und daß die polnischen Eisenbahnbeamten disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden. Von dem Veranlaßten bitten wir um Mitteilung.

Abschrift dieses Schreibens haben wir dem Hohen Kommissar des Völkerbundes zur Kenntnis übersandt."

Schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Erwerbslosen

Hamburg, 26. Mai. Wie die Polizei meldet, kam es gegen 13 Uhr am Saegerplatz, in der Gegend, in der sich bereits vormittags Demonstrationen ereignet hatten, zu einem ernsteren Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen durch Schüsse verletzt wurden. Aus den Reihen der Erwerbslosen fielen Revolverschüsse, durch die ein Beamter schwer verwundet worden ist. Daraufhin griff die Polizei ebenfalls zur Waffe und verletzte einen Erwerbslosen, der zuvor auf die Beamten geschossen hatte. Der Verletzte ist von den Demonstranten weggeschafft worden. Der Saegerplatz wurde anschließend von einem verstärkten Polizeiaufgebot geräumt.

Kommunistische Ausschreitungen in Düsseldorf

Düsseldorf, 26. Mai. Ein Trupp von etwa 100 Kommunisten zog gegen 18 Uhr unter Schmähreden auf die Regierung durch die Königsallee, wo mehrere Schaufensterscheiben eingeschlagen wurden. Außerdem wurden mehrere Automobile beschädigt und im Vorgarten eines Kaffees Schaden angerichtet. Die Beteiligten ergriffen vor dem Erscheinen des Ueberfallkommandos die Flucht.

Düsseldorf, 27. Mai. Im Zusammenhang mit den kommunistischen Ausschreitungen am Donnerstag sind 25 Personen festgenommen worden, die dringend verdächtig sind, sich an den Ausschreitungen beteiligt zu haben.

Erwerbslosenausschreitungen in Wuppertal

Wuppertal, 26. Mai. Wegen der Kürzung der Unterstützungssätze veranstalteten heute vormittag Wohlfahrtserwerbslose vor dem Barmer Rathaus eine Demonstration, die so bedrohlichen Charakter annahm, daß sich die Polizei zur Räumung des Rathausvorplatzes gezwungen sah. Einem Teil der Demonstranten gelang es, bei der Säuberungsaktion in das Rathaus einzudringen. Ein Polizeikommando besetzte daraufhin das Rathaus und kontrollierte die Besucher. Gegen 11 Uhr wurde das Rathaus von der Polizei vorübergehend geschlossen, um eine reibungslose Abfertigung der Unterstützungsempfänger zu ermöglichen. Auch später kam es in dem in der Nähe des Rathauses liegenden Straßen immer wieder zu lärmenden Kundgebungen von Demonstranten, die ein Eingreifen der Polizei notwendig machten.

SLUB
Wir führen Wissen.